

Analyse

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2009

Von Simon Pirani, Oxford

Zusammenfassung

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt im Januar 2009 war der bisher schwerste. Er hat die Reputation Russlands als zuverlässiger Erdgaslieferant und das Image der Ukraine als Transitland nachhaltig beschädigt. Die durch die Finanzkrise und die fallenden Ölpreise deutlich verschlechterte wirtschaftliche Situation hat den Konflikt noch verschärft und beide Seiten waren bereit, ihn in die Länge zu ziehen. Russlands Entschlossenheit, das seiner Ansicht nach hartnäckige Problem mit dem ukrainischen Gastransit zu lösen, spielt dabei eine größere Rolle als der Einfluss der Oligarchen.

Ein Wendepunkt

Die bisher beispiellose 13-tägige Aussetzung russischer Erdgasexporte nach Europa vom 7. bis zum 20. Januar 2009 könnte sich als der wichtigste Wendepunkt im europäischen Gashandel der letzten Jahrzehnte erweisen. Russland hatte zwar schon die Lieferungen 2006 an die Ukraine und 2004 und 2007 an Belarus gestoppt, was in Europa Lieferrückgänge bewirkte, aber es hatte nie einen Lieferstopp dieser Größenordnung vorgenommen.

Die Reputation der Ukraine als Transitland ist dauerhaft beschädigt. Obwohl Gazproms wichtigste Geschäftspartner in Europa, die Energiefirmen, weitestgehend die russische Position unterstützt haben, ist Gazproms Reputation als zuverlässiger Erdgaslieferant ernsthaft beschädigt und Spekulationen über die russischen Motive haben sich innerhalb der politischen Kreise der EU verstärkt. Eine Folge des Konfliktes wird sicher eine Beschleunigung von Pipeline-Projekten wie NordStream und SouthStream sein, die den Transit russischen Erdgases unter Umgehung der Ukraine ermöglichen. Europäische Politiker werden wohl außerdem verstärkt Projekte diskutieren, die die Abhängigkeit von russischem Erdgas reduzieren.

Die Abkommen die schließlich zwischen Russland und der Ukraine zur Beilegung des Konfliktes unterzeichnet wurden, orientieren sich an einem Memorandum, das von den Ministerpräsidenten der beiden Länder bereits im Oktober unterschrieben worden war. Trotz der Eskalation des Konfliktes im Januar hat es also keine substantiellen Änderungen der jeweiligen Positionen gegeben.

Der Höhepunkt eines langen Prozesses

Der Konflikt vom Januar 2009 ist die bisher schwerste Auseinandersetzung in einem Konflikt, der seit 1991 immer wieder eskaliert ist. Aufgrund der Infrastruktur, die noch aus der Sowjetzeit stammt, sind Russland

und die Ukraine in einer Zeit, in der sich andere wirtschaftliche und politische Verbindungen längst gelockert haben, im Gassektor nach wie vor stark aufeinander angewiesen. Vier Fünftel der Erdgas-Exporte Gazproms nach Europa, und damit die Hauptversorgung Europas, fließt durch ukrainische Pipelines. Die ukrainische Industrie, das ukrainische Fernwärmenetz und die ukrainischen Privathaushalte wurden sämtlich auf die Nutzung des ehemals günstigen Sowjetgases hin konzipiert und sind 20 Jahre später immer noch stark auf Gazproms Lieferungen angewiesen, die nun vor allem aus Turkmenistan kommen.

Die Lieferungen nach Europa sind bereits einmal unterbrochen worden und zwar im Januar 2006. Damals forderte Gazprom eine Anhebung des ukrainischen Importpreises auf das europäische Netback-Niveau (das ist das Preisniveau für europäische Kunden abzüglich der Transportkosten jenseits der Ukraine). Darüber hinaus wollte Gazprom den Gastransport durch die Ukraine künftig mit Geld bezahlen und so den größten noch aus Sowjetzeiten stammenden direkten Tauschhandel (Transit gegen Gas) beenden.

Das Abkommen, durch das der Konflikt 2006 beigelegt wurde, war für Gazprom insofern günstig, als es den direkten Tausch genauso beendete wie direkte Verhandlungen der Ukraine mit zentralasiatischen Lieferländern, vor allem Turkmenistan. Seither hat Gazprom sämtliches Gas, das aus Zentralasien nach Westen befördert wird, gekauft und den größten Teil davon an RosUkrEnerg, eine Schweizer Handelsgesellschaft, weiterverkauft, die Gazprom (50 %) sowie den ukrainischen Unternehmern Dmitri Firtasch (45 %) und Iwan Fursin (5 %) gehört. (Rosukrenerg war das letzte einer ganzen Reihe von Zwischenhandelsunternehmen, über die Gazprom zentralasiatisches Gas in die Ukraine transportierte und/oder es an sie weiterverkaufte. Siehe dazu auch den Beitrag von Margarita Balmaceda in der vorliegenden Ukraine-Analyse.) Rosukrenerg verkaufte

das Gas dann wieder in der Ukraine weiter. Die negative Seite des Abkommens war aus der Sicht von Gazprom, dass die ukrainischen Importpreise weit unter dem europäischen Netback-Niveau blieben. Und während Gazprom 2007 in Belarus 50 % des Pipeline-Unternehmens übernehmen konnte, weigerte sich die Ukraine, einen auch nur teilweisen Verkauf ihrer Pipeline-Infrastruktur an Gazprom in Erwägung zu ziehen.

Als Julia Timoschenko, die selber in den 1990er Jahren eine der größten ukrainischen Erdgashandelsfirmen betrieben hatte, im Dezember 2007 wieder Ministerpräsidentin wurde, schien ein erneuter Konflikt wahrscheinlich. Sie war entschlossen, RosUkrEnergo und dessen Teilinhaber Firtasch aus dem Gashandel auszuschließen. Das führte zu einem kurzen »Gas-Krieg« im März 2008. In seinem Verlauf deutete Russland an, dass es bereit sei, sich zum Jahresende von Firtasch zu trennen und der Konflikt wurde beigelegt.

Eine Übereinkunft: so nah und doch so fern

Im Oktober sah es so aus, als ob Russland und die Ukraine bereit seien, ihre Gasbeziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Ministerpräsidentin Timoschenko und ihr russischer Amtskollege Wladimir Putin unterzeichneten ein Memorandum, welches vorsah, dass sowohl für die Importpreise als auch für die Transittarife innerhalb von drei Jahren ein »wirtschaftliches und marktbasierendes« Niveau (womit das europäische Netback-Niveau gemeint war) erreicht werden sollte. Gazprom sollte zentralasiatisches Gas direkt an die staatliche Naftohaz Ukrainy verkaufen (womit der Zwischenhändler RosUkrEnergo seine lukrativen Transitverträge verlieren würde) und Tochterfirmen von Gazprom sollten Zugang zum ukrainischen Binnenmarkt für Erdgas erhalten. Das durch eine Vereinbarung zwischen Gazprom und Naftohaz flankierte Abkommen sollte unterzeichnet werden, sobald die Ukraine ihre Gasschulden beglichen hätte.

Warum ging alles schief?

Das Abkommen kam nicht zustande, erstens, weil die Ukraine ihre Schulden nicht wie vereinbart umgehend beglich und, zweitens, weil beide Seiten sich nicht darauf einigten, wie die europäischen Netback-Preise genau erreicht werden sollten.

Es gab mächtige wirtschaftliche Faktoren, die den Streit bestimmten. Im Juli 2008 erreichten die Ölpreise eine einzigartige Höhe, im Spätsommer gingen sie zurück; nach dem finanziellen Zusammenbruch der Wall Street im September stürzten sie vollends in den Keller. Der russische Ölboom war vorbei. Die europä-

schen Gaspreise sind (indirekt über Ölprodukte) an die Ölpreise gebunden, allerdings mit einer Verzögerung von sechs bis neun Monaten. Gazprom wusste also, dass auch seine Einnahmen aus Europa um die Jahresmitte 2009 einbrechen würden. Seine Manager waren nicht in der Laune, eine einzige Kopeke aufzugeben.

Die kommende Rezession trifft die Ukraine sogar noch stärker als Russland, wie der IWF feststellte, der ihr einen Rekordkredit von 16,5 Mrd. US-Dollar gewährte. Der Preis für Stahl, das Hauptexportprodukt der Ukraine, ist gesunken; die meisten ukrainischen Stahlhütten verzeichnen einen Produktionsrückgang von bis zu 50 % und einen noch stärkeren Rückgang der Umsätze. Die ukrainische Industrieproduktion ist im Dezember im Vergleich zum Vorjahr um 26,6 % gesunken.

Paradoxerweise verschafften diese Umstände der Ukraine in Bezug auf das Gas Handlungsspielraum. Die hinsichtlich ihres Energieverbrauchs ineffizienteste Volkswirtschaft der Welt schrumpfte und benötigte so zum ersten Mal im laufenden Jahrzehnt weniger Gas. Das milde Wetter zum Jahresende tat ein Übriges. Naftohaz hatte eine Reserve von 17 Mrd. m³, etwa ein Drittel des jährlichen ukrainischen Importbedarfs. Einige Politiker haben möglicherweise entschieden, dass dies der beste Zeitpunkt für einen ausgedehnten Konflikt mit Russland sei.

Die Ukraine hat bis zum 31. Dezember ihre Schulden aus den Importen des abgelaufenen Jahres nicht bezahlt (nach eigenen Angaben 1,5 Mrd. US-Dollar, nach russischen 2,2 Mrd. inklusive Strafgebühren). Zusammen mit dem Geld schickte Naftohaz einen Brief, in dem es ankündigte, wie 2006 bereits, auch jetzt für europäische Kunden bestimmtes Transitgas für eigene, ukrainische Kunden abzugeben, sollten die Lieferungen an die Ukraine eingestellt werden. Gazprom hatte bereits seit zwei Wochen öffentlich gedroht, der Ukraine die Zufuhr abzustellen. Am 1. Januar 2009 geschah genau das.

Wie Europa in den Konflikt gezogen wurde

Sogar in diesem Stadium schien eine Einigung noch nah. Am 31. Dezember erklärte Putin, sie solle durch Importpreise von 250 US-Dollar pro 1000 m³ erzielt werden. Am 1. Januar schlugen Timoschenko und Juschtschenko in einer seltenen Demonstration von Einigkeit 201 US-Dollar pro 1000 m³ und einen höheren Transittarif vor.

Es bestand jedoch keine große Bereitschaft, die praktischen Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Naftohaz versprach, Gas nach Europa zu transportieren, obwohl die eigenen Importe eingestellt waren. Hinzugefügt

wurde jedoch der rechtliche Vorwand, solange keine neuen Verträge unterzeichnet seien, könne man kein technisches Gas (also das Gas, das für den Betrieb von Kompressoren und anderen technischen Geräten benötigt wird) liefern, wie es Transitländer üblicherweise tun. Man werde dieses Gas vom russischen Gas abzweigen. Gazprom konterte und bezeichnete ein solches Vorgehen als »Diebstahl« und um keinen Deut besser als das primitive Anzapfen in den 1990er Jahren.

Mit der Begründung, die Ukraine solle das ungerechtfertigt entnommene technische Gas ersetzen, reduzierte Gazprom am 5. Januar die in die Pipelines geleitete Gasmenge um ein Fünftel und am 6. um drei weitere Fünftel. In den frühen Morgenstunden des 7. Januar wurde das Pipeline-System komplett abgestellt und die russischen Einspeisungen endeten. Beide Seiten geben sich gegenseitig die Schuld: Russland erklärt, die Ukraine hätte die Lieferungen nicht mehr angenommen, die Ukraine behauptet, Russland habe diese eingestellt. Weder Außenstehende noch viele Insider aus der Industrie kennen bisher die wirkliche Ursache. In den folgenden Tagen wurde jedoch deutlich, dass beide Seiten damit zufrieden waren, den Streit auszusitzen, wie viele Haushalte auf dem Balkan dabei auch immer einfroren.

Die Europäische Kommission, die sich vor dem 6. Januar noch heraus gehalten hatte, rief nun beide Seiten nach Brüssel und schlug vor, Beobachter an Gasmessstationen zu entsenden. Diese sollten helfen, weiteren Streit darüber zu vermeiden, welches Gas wohin geht. Ein Vertrag wurde aufgesetzt; als Timoschenko diesen jedoch unterzeichnete, fügte sie eine Liste mit Bedingungen an, von denen sie wusste, dass Gazprom ihnen nicht zustimmen konnte. Am 13. Januar willigte Gazprom ein, Gas durch eine der wichtigsten fünf Pipelines zu schicken, die Ukraine erklärte jedoch, dieses nicht transportieren zu können, ohne die Versorgung im eigenen Land zu unterbrechen. Am nächsten Tag, an dem Demonstranten in Sofia mit der Polizei zusammengestoßen waren, kamen die Unterhändler überein, sich zu treffen ... drei weitere Tage später.

Am 19. Januar verkündeten beide Seiten, der Konflikt sei beigelegt. Gazprom und Naftohaz unterzeichneten zwei 10-Jahres-Abkommen, eines über die Gaslieferungen an die Ukraine und eines zur Regelung des Transits. Die russischsprachige Version der Abkommen wurde Journalisten zugespielt und auf der Internetseite der ukrainischen Zeitung Ukrainska Prawda (<http://pravda.com.ua>) am 22. Januar veröffentlicht. Die zentralen Punkte sind:

Der Preis für Erdgasimporte der Ukraine wird, in Anlehnung an die Formel für europäische Erdgaspreise,

an den europäischen Preis für Erdölprodukte gekoppelt, wobei allerdings auf die für europäische Kunden vorgesehene Zeitverzögerung von sechs bis neun Monaten verzichtet wird. Die Ukraine wird 2009 einen Preisnachlass von 20 % erhalten und ab 2010 den vollen Preis bezahlen, was bedeutet, dass das europäische Netback-Niveau ein Jahr früher erreicht wird, als von den beiden Seiten letztes Jahr vorgesehen.

Das Abkommen sieht ein monatliches Vorauszahlungsregime vor, falls Naftohaz wieder in Zahlungsverzug gerät. Dies zeigt das größte ungelöste Problem: Der Ukraine wird es schwer fallen, die Importe zu bezahlen.

Die Ukraine wird 2009 nur insgesamt 40 Mrd. m³ Erdgas importieren, deutlich weniger als der Durchschnittswert der Jahre 2004 bis 2008, der bei 52 Mrd. m³ lag. Ministerpräsidentin Timoschenko hat allerdings erklärt, dass die Ukraine separat noch einmal 11 Mrd. m³ kaufen werde. Die Details sind unklar, es könnte sich aber um Gas handeln, das von RosUkrEnergo in ukrainische Erdgasspeicher eingespeist wurde.

Die hundertprozentige Gazpromtochter Gazprom-Sbyt Ukraina wird mindestens 25 % des importierten Gases (d. h. 13 Mrd. m³ pro Jahr ab 2010) innerhalb der Ukraine vermarkten und so ihren Marktanteil ausweiten.

Der ukrainische Erdgasimport erfolgt direkt zwischen Gazprom Export und Naftohaz Ukrainy. RosUkrEnergo wird damit aus dem ukrainischen Erdgasimport ausgeschlossen. Der Teileigner von RosUkrEnergo, Dmitri Firtasch, erklärte allerdings in einem Zeitungsinterview, dass RosUkrEnergo weiterhin auf dem ukrainischen Erdgasmarkt präsent bleiben werde und dieses Jahr auch mindestens 7 Mrd. m³ Erdgas an Ungarn, Polen und Rumänien liefern werde.

Der ukrainische Transittarif bleibt dieses Jahr unverändert bei 1,70 US-Dollar pro 1000 m³ für 100 km, was ukrainischen Einnahmen von 2,35 Mrd. US-Dollar entsprechen soll. Anschließend werden die Transittarife nach einer Formel bestimmt, die ungefähr westeuropäischen Modellen entspricht.

Motivationen

Während des Konflikts befanden sich die Gaspreise auf einem Höchststand und Gazprom büßte pro Tag fast 100 Mio. US-Dollar an Einnahmen nach Abzug der Kosten ein. Das Unternehmen hat beim Internationalen Schiedsgericht in Stockholm mehrere Verfahren gegen Naftohaz eingeleitet, doch wenn überhaupt, dann wird es Jahre dauern bis Gazprom auf diese Weise Geld zurückbekommt. Die noch nie da gewesene Unter-

brechung der europäischen Versorgung hat Gazprom allerdings mehr als nur Geld gekostet. Sein Ruf als verlässlicher Lieferant ist wahrscheinlich dauerhaft beschädigt – er war durch häufig schlecht informierte Kommentatoren, die russisches Gas hauptsächlich als geopolitische »Waffe« ansehen, ohnehin bereits unter Dauerbeschuss geraten.

Was hat Moskau dazu bewogen, einen dermaßen kostspieligen Konflikt in die Länge zu ziehen? Offensichtlich ist auf Regierungsebene entschieden worden, dass die Auseinandersetzung mit der Ukraine und in gewisser Weise auch ihre Bestrafung es wert ist, eine Menge aufs Spiel zu setzen. Dabei kann es nicht einfach nur um Gaspreise gehen. Die Spanne zwischen Putins 250 und Juschtschenko/Timoschenkos 201 US-Dollar pro 1000 m³ beträgt etwa 2 bis 2,5 Mrd. US-Dollar Jahreseinnahmen, die noch mit Händlern und zentralasiatischen Produzenten geteilt werden müssen – im Vergleich zu 30 bis 40 Mrd. US-Dollar aus Verkäufen nach Europa.

Einer plausibleren Interpretation zufolge gibt es in der russischen Regierung Personen, die sich von der Involvierung Europas in den Konflikt die Etablierung eines neuen Modus Operandi bezüglich des ukrainischen Pipelinesystems erhoffen. Ein hoher Anteil dessen, was Europäer üblicherweise als russisches Lieferisiko bezeichnen, ist tatsächlich ein ukrainisches Transitrisko und das bereitet Moskau Sorgen. Die Bereitschaft der Ukraine, für Europa bestimmtes Gas abzuzweigen – wie 2006 geschehen – war in den Verhandlungen ein Trumpf. Auf der einen Seite stießen russische Vorschläge, die Ukraine solle zur Bezahlung ihrer Gasschulden die Kontrolle über das System abgeben, wie es Belarus getan hat, auf eine generelle und verständliche Opposition in Kiew. Auf der anderen Seite schaffte es Naftohaz nicht, Geld zur Modernisierung des Systems aufzubringen und kämpft schon damit, es nur in Stand zu halten.

Als Reaktion auf ein ihnen unüberwindlich scheinendes Hindernis schoben die Gazprom-Manager nach 2006 vor allem Projekte wie die North Stream und die South Stream-Pipelines an, die auf eine Reduzierung der Transitabhängigkeit von der Ukraine abzielen. Diese werden jedoch frühestens in drei Jahren fertig sein und auch dann die Ukraine als Transitland nicht vollständig überflüssig machen. Moskau favorisiert nach wie vor die Kontrolle über das ukrainische Netz. Davon abgesehen hofft es auf ein stärkeres europäisches Engagement bei den Transitfragen. Putin belebte kürzlich in einem Interview die Idee eines internationalen Konsortiums zur Übernahme des ukrainischen Pipeline-Sys-

tems wieder. Und die Spitzen deutscher und italienischer Energiekonzerne, die wichtigsten europäischen Partner von Gazprom, trafen am 15. Januar mit Putin zusammen, um eine Lösung des heiklen Punktes technisches Gas zu diskutieren.

Wie steht es um die Oligarchen, die in Russland und der Ukraine so bekannten politisch einflussreichen Unternehmer? In der Presse findet sich häufig die Behauptung, dass, während die öffentliche Aufmerksamkeit hauptsächlich den Regierungen gilt, »der wirkliche Kampf um die Verteilung [der Gaseinnahmen] viel diskreter zwischen ein paar Oligarchen in Moskau und Kiew ausgetragen wird«, wie es ein Kommentar der *Financial Times* vom 6. Januar formuliert. Es gibt jedoch keinen Beweis dafür, dass die ukrainischen Gas-Oligarchen eine ausreichende Bedeutung für die russische Regierung oder genügend Einfluss auf sie haben, um einen Zusammenstoß dieses Ausmaßes provozieren zu können.

Nehmen wir Dmitri Firtasch, den wichtigsten von ihnen. Seine Geschäfte sind relativ undurchsichtig, genauso seine politischen Verbindungen. Seine Haupteinnahmequellen sind jedoch bekannt. Selbst wenn RosUkrEnergo den Vertrag zum Import zentralasiatischen Gases in die Ukraine verliert – was bei einer Implementierung der am 19. Januar unterzeichneten Abkommen der Fall wäre – dürfte es weiterhin mehr als 7 Mrd. m³ zentralasiatisches Gas pro Jahr (extrem profitabel) nach Mitteleuropa verkaufen und (eher unprofitabel) regionale Gasverteilungsnetze in der Ukraine erwerben. Firtaschs Unternehmen produzieren auch Chemikalien und verkaufen Gas und Elektrizität in Mitteleuropa. All das ist bedeutsam – jedoch kein Grund für Gazprom, seine Einnahmen aus Europa aufs Spiel zu setzen.

Folgen

Die unmittelbarste Folge des Streits wird wohl die Beschleunigung des North Stream, des South Stream und anderer Projekte mit dem Ziel der Diversifizierung des russischen Gastransits um die Ukraine herum sein. Gazprom hat darüber mit europäischen Energieunternehmen bereits Einigkeit erzielt, der Bau hat allerdings noch nicht begonnen. Europäische Politiker werden vermehrt über alternative Lieferquellen zu Russland und über alternative Energien diskutieren. Solche Pläne werden allerdings durch den Einfluss der europäischen Energiekonzerne begrenzt werden, die eine Fortführung ihrer langjährigen Beziehungen mit Gazprom großen Investitionen in neue unsichere Energiequellen vorziehen werden.

Für die Ukraine sind viele Probleme ungelöst geblieben. Während der nächsten zwei bis drei Jahre, in denen

es unter der Weltwirtschaftskrise leiden wird, wird das Land Schwierigkeiten haben, seine Erdgasimporte zu bezahlen. Danach, wenn die alternativen Transitpipelines in Betrieb genommen werden, werden die ukrainischen Pipelines für Russland an Bedeutung verlieren. Dann sind sie für die Ukraine auch nur noch ein klei-

ner Trumpf. Im besten Fall wird die Ukraine ernsthaft Energiesparmaßnahmen umsetzen, was der einzig effektive Weg für sie ist, um die Abhängigkeit von importiertem Gas langfristig zu reduzieren.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Simon Pirani ist Senior Fellow im »Natural Gas Programme« am Oxford Institute for Energy Studies. Er hat ein umfangreiches Arbeitspapier zur ukrainischen Erdgaswirtschaft (*Ukraine's Gas Sector*, OIES, 2007) und eine Monographie der Geschichte der Arbeit in der Sowjetunion (*The Russian Revolution in Retreat, 1920–24*, Routledge, 2008) verfasst.

Lesetipps:

- Simon Pirani (ed): Russian and CIS Gas Markets and Their Impact on Europe (Oxford University Press, erscheint im Februar 2009)
- Simon Pirani, Jonathan Stern, Katja Yafimava: The Russo-Ukrainian Gas Dispute of January 2009 (OIES, erscheint im Februar 2009)

Analyse

Zwischenhändler und die innerukrainische Dimension des Gaskonflikts

Von Margarita M. Balmaceda, Cambridge, MA

Zusammenfassung

Der Erdgasstreit zwischen Russland und der Ukraine, der im Januar 2009 erneut eskalierte, ist nicht nur ein wirtschaftlicher und außenpolitischer Konflikt. Er wirft auch ein Schlaglicht auf politische Konflikte, informelle Netzwerke und Korruption im ukrainischen Energiesektor, ohne deren Verständnis die Konflikte der letzten Jahre nicht wirklich zu verstehen sind.

Einleitung

Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine hat viele Ursachen. Die Energiepolitik ist zum Beispiel ein ausgezeichnetes Beispiel für die Schwierigkeit der Ukraine, ein spezifisch »ukrainisches«, von Russland verschiedenes Nationalinteresse zu formulieren. Der aktuelle Streit hängt auch damit zusammen, dass die ukrainischen Eliten lange Zeit die Herausforderungen der Energieabhängigkeit nicht ganz begriffen haben. Außerdem hat der Konflikt aber mit einer Interessensstruktur zu tun, die durch die vielfältigen Möglichkeiten der Korruption und des Rentseekings, d. h. der Erzielung von Gewinn durch staatliche Unterstützung, geprägt ist.

Die Korruption im ukrainischen Energiesektor als Schlüsselproblem

Besonders während der Präsidentschaft Leonid Kutschmas (1994–2005) boten die Transaktionen auf dem

Energiemarkt denen, die über die richtigen Verbindungen verfügten, reichhaltige Möglichkeiten trotz der Wirtschaftskrise immense Gewinne zu erzielen. Zugrundeliegende Mechanismen waren die Preismanipulationen im direkten Tauschhandel, die Wiederausfuhr von russischem Öl und Gas, das zu Vorzugspreisen erworben worden war, die Abgabe der Zahlungsverantwortung an den Staat und die Beteiligung an dem de facto-»Diebstahl« von Gazprom-Gas aus Transit-Pipelines.

In all diesen potenziellen Rentseeking-Bereichen wurden Gewinne nicht in erster Linie auf Kosten von Gazprom oder des russischen Staats gemacht, sondern schädigten den ukrainischen Staatshaushalt und die ukrainische Wirtschaft. Die Korruption im Energiesektor stand der Fähigkeit der Ukraine, sich auf eine vorausschauende Energiepolitik zu einigen und diese umzusetzen, im Weg, und zwar genau in dem Moment, in dem Russland begann, seinen Druck in diesem Bereich